



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Am 17. Januar hatten die Vertreter der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe wieder einmal das Vergnügen, von den Unternehmern die bekannten schönen Redewendungen von der traurigen Lage des Gewerbes und von der großen Not der armen Buchdruckereibesitzer zu hören. Unsere Unterhändler hatten nämlich eine Erhöhung des tariflichen Mindestlohnes von 8 Mt. in der Spitze beantragt. Die Unternehmer lehnten natürlich diese Forderung ab und beantragten eine Verlängerung des Lohnabkommens bis 31. März. Sie waren recht schweigsam bei diesen Verhandlungen, wollten auch von einer Kommissionsberatung nichts wissen, so daß am folgenden Tage das Zentralschlichtungsamt zusammentreten mußte.

Nach achteinhalbstündiger Verhandlung kam das Zentralschlichtungsamt zu seinem Entscheid. Die geforderte Lohnerhöhung wurde abgelehnt und durch Schiedspruch bestimmt, daß der bestehende Lohnsatz bis 31. März weiter Geltung behalten soll. Der Vorsitzende sagte in seiner mündlichen Begründung des Schiedspruchs, die Unparteilichen hätten lange hin und her überlegt und es wäre ihnen schwer geworden, einen Schiedspruch zu fällen; aber einer Erhöhung der bestehenden Löhne im Buchdruckgewerbe zuzustimmen wären sie nicht in der Lage gewesen. Die Löhne könnten vom Gewerbe gerade noch getragen werden und gemessen an den Veränderungen oder Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage wäre eine Lohnerhöhung zurzeit noch nicht zu begründen. Daher die Verlängerung bis 31. März.

Die Vertragsparteien haben bis zum 21. Januar eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung dieser Entscheidung abzugeben, die Vertreter der Arbeiterschaft nahmen am 19. Januar zu dem Schiedspruch Stellung. Wir werden in der nächsten Nummer darüber berichten und uns mit diesen Verhandlungen näher beschäftigen.

Keine gesetzliche Verpflichtung zu Überstunden.

Angelehnt der dauernden Stellenlosigkeit von Hunderttausenden arbeitswilliger und arbeitsfähiger Volksgenossen, so schreibt Heinz Potthoff in der „Sozialarbeiterzeitung“ erscheint es als ein Widerspruch, daß auf der anderen Seite von den in Arbeit Stehenden in großem Umfange Überstunden gefordert und vielfach auch geleistet werden. Die Gewerkschaften haben sich seit langem dagegen gemandt und jetzt ein Gesetz verlangt, das die Überforderung des Achtstundentages auf wenige Ausnahmen beschränkt. Der Reichsarbeitsminister hat die Berechtigung ihres Strebens anerkannt durch einen Erlaß, in dem er auf eine Beschränkung der unerwünscht zahlreichen Überstunden hinweist. Die Unternehmer wenden sich gegen jede „überflüssige“ Neuregelung der Arbeitszeit und behaupten nicht nur die wirtschaftliche Notwendigkeit der Überarbeit, sondern auch die rechtliche Pflicht der Arbeiter, alle erlaubten Überstunden zu leisten. Da sie sich dafür auf namhafte Kommentare zur Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 sowie auf Gerichtsentscheidungen bis in die neueste Zeit berufen können, so erscheint es, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der Frage im Arbeitsschutzgesetz, notwendig, diese Anschauung als durchaus irrig zurückzuweisen.

Das Wesen der Sozialpolitik ist Schutz der Arbeitskraft gemäß Artikel 157 der Reichsverfassung. Das heißt Schutz des arbeitenden Menschen gegen die Aufzwingung von Arbeitsbedingungen, die seine Gesundheit schädigen, seine Arbeitsfähigkeit zu stark und damit zu rasch verbrauchen würden. Solche Sozialpolitik ist nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich nötig. Denn in der Arbeitskraft der Millionen steckt der Hauptreichtum Deutschlands. Zu intensiver Ausnutzung dieses Volkseinkommens durch Arbeit stattet die Unternehmer das eigene Interesse.

Denn unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung beruht darauf, daß ein Bürger den anderen für seinen Privatvorteil arbeiten läßt. Diese selbe Rechtsordnung, die alle Dinge, auch die zum Leben unentbehrlichen, ja mit dem Grund und Boden selbst den Raum des Vaterlandes in das Verfügungsrecht einzelner gibt (durch das Privateigentum daran), sie nötigt die Nichtbesitzenden dazu, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Besitzenden zu stellen. Arbeitsschutzgesetze sind nur die notwendige Ergänzung dieser Rechtsordnung, die hindern, daß die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer zu unerträglichen Arbeitsbedingungen, zu einer dem Gemeinwohl abträglichen Ausnutzung fremder Arbeitskraft führt. Arbeitsschutz ist Zwang zu zweckmäßiger Verwertung von Arbeitskraft, nichts anderes; also ein Stück Wirtschaftspolitik, eine der wichtigsten Seiten der Rationalisierung unserer Wirtschaft.

Wenn auch diese Rationalisierung der Menschenverwendung dahin führen soll und tatsächlich dahin führt, daß im ganzen und auf die Dauer mehr geleistet wird, weil durch Pausen, Nacht- und Sonntagsruhe die Kräfte wieder erholt und durch den Achtstundentag einem vorzeitigen Verbrauch der Arbeitsfähigkeit vorgebeugt wird, so ist die Form der Schutzgesetze doch stets die Beschränkung der Arbeitsfähigkeit. Der durch andere Rechtsverhältnisse herbeigeführten Beschäftigung von Mitbürgern im Privatinteresse einzelner wird die im Gesamtinteresse notwendige Schranke gezogen. In dieser Beschränkung erschöpft sich das Arbeitsschutzgesetz.

Das war bis vor einigen Jahren unbezweifelhaft. Niemand ist auf die Idee gekommen, daß ein Verbot der Beschäftigung von Frauen bei Nacht irgendeinen Unternehmer verpflichtete, Frauen bei Tage oder Männer bei Nacht zu beschäftigen. Ob er überhaupt jemand anstellen oder beschäftigen will, ist ganz sein freies Belieben. Niemand hat aus dem Verbot der Kinderarbeit irgendeine Verpflichtung zur Arbeit für Erwachsene gefolgert. Und auch als im November 1918 durch Verordnung mit Gesetzeskraft in ganz Deutschland der Achtstundentag eingeführt wurde, hat niemand daran gezweifelt, daß damit nur ein Verbot, nicht ein Gebot erlassen wurde; daß es nur verboten wurde, einen Arbeitnehmer länger als acht Stunden am Tage zu beschäftigen, daß es niemandem geboten wurde, einen Arbeitsvertrag zu schließen oder gar einen Vertrag mit achtstündiger Arbeitszeit zu schließen.

Als Ende 1923 die Reichsregierung die heute noch geltende neue Verordnung über die Arbeitszeit erließ, da wollte sie nicht nur die Möglichkeit zur Ueberforderung des Achtstundentages geben, sondern auch eine gewisse Nutzung dazu. Sie gab den Unternehmern die Befugnis, an 30 Tagen im Jahr zwei Überstunden machen zu lassen. Sie gab den Gewerkschaften die Befugnis, durch Tarifvertrag den Achtstundentag dauernd in den neun- oder zehnstundentag zu verwandeln. Und sie entwertete dieses wichtige Recht gleichzeitig dadurch, daß sie auch den Gewerbeaufsichtsbeamten die Befugnis verlieh, bei Nichtzustandekommen eines Tarifvertrages die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit bis zu zehn Stunden zu bewilligen.

Dabei hat die Regierung nicht nur eine Kündigung aller entgegenstehenden Tarifverträge, eine Beiseiteschiebung des Betriebesrates bei der Regelung von Mehrarbeit, sondern auch eine Rechtspflicht der Arbeiter einführen zu wollen, daß sie die gesetzlich erlaubten Überstunden, die vom Unternehmer verlangt würden, nicht verweigern dürften. So ist das neue Gesetz auch zunächst allgemein ausgelegt worden.

Ich bin der erste gewesen, der darauf hinwies, daß ein solcher Rechtszwang zu Überstunden nicht in der Verordnung steht, und daß er auch nicht herausgelesen werden darf, weil das im Widerspruch zum Sinn und Zweck des Gesetzes stehen würde. Die Arbeitszeitverordnung ist auch heute noch ein Schutzgesetz, das heißt ein Polizeigesetz, in dem das Höchstmaß der erlaubten Beschäftigung festgelegt wird. Die Arbeitsdauer darf 18 Stunden betragen; unter gewissen Voraussetzungen darf sie bis zu 10 Stunden betragen; der Unternehmer, der diese Grenze des Erlaubten überschreitet, wird bestraft. Aber kein Unternehmer ist ge-

nötigt, das Erlaubte nun auch zu tun. Niemand ist verpflichtet, Arbeiter und Angestellte in Dienst zu nehmen; erst recht ist er nicht verpflichtet, Überstunden machen zu lassen. Aber auch kein Arbeiter ist durch dieses Gesetz verpflichtet, eine Stelle anzunehmen, noch ist ihm ein bestimmtes Maß von Tätigkeit vorgeschrieben.

Sondern die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen ist grundsätzlich frei; nur nach oben begrenzt. Es darf nicht länger als 8 Stunden täglich im Betriebe gearbeitet werden. Aber es steht nichts im Wege, daß nur 6 oder nur 2 Stunden täglich gearbeitet wird. Die Arbeitsverpflichtung des Arbeiters richtet sich heute genau wie früher nach seinem Vertrage. Er ist nur zu derjenigen Leistung verpflichtet, zu der er sich selbst verpflichtet hat. Die Vereinbarung ist natürlich nach Treu und Glauben ausulegen. Es wäre ein Verstoß gegen gute Vertriebsitten, wenn in einem wirklichen Notfall der Arbeiter ohne wichtigen Grund einzelne Überstunden verweigerte. Die Regelung der Arbeitszeit erfolgt ganz überwiegend durch Tarifvertrag, ergänzend durch die Arbeitsordnung. Beide haben die gleiche Bedeutung wie der Einzelvertrag, da ihre Vorschriften ja zum Bestandteil der Arbeitsverträge werden. Die im Tarifvertrag oder in der Arbeitsordnung rechtsgültig vereinbarten Überstunden muß der Arbeiter leisten; denn die hat er versprochen, im Rechtsinne. Aber Mehrarbeit, die der Arbeiter nicht im voraus übernommen hat, braucht er nicht zu leisten. Jeder einzelne hat also die Möglichkeit und die Pflicht, den Weisungen seiner Gewerkschaft bezüglich der Vermeidung von Überstunden zu folgen.

Diese von mir vertretene Rechtsanschauung hat sich allmählich durchgesetzt. Die meisten Gerichte erkennen an, daß der Arbeiter Überstunden verweigern darf, die er nicht mit dem Unternehmer vereinbart hat, oder die nicht im Tarifvertrag oder in der Arbeitsordnung vorgeesehen sind. Aber es scheint, daß im Reichsarbeitsministerium eine andere Auffassung herrschend geblieben ist. Der nicht veröffentlichte erste Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes enthielt die ausdrückliche Bestimmung, daß der Arbeiter zur Leistung aller Überstunden verpflichtet sei, die der Unternehmer verlangen dürfe. Diese Bestimmung, die ich sofort aufs schärfste bekämpft habe, steht in dem endgültigen Entwurf nicht. Es steht aber auch nicht das Gegenteil darin. Sondern die Frage ist offengelassen; und einzelne Sätze sind so zweideutig, daß man das Gegenteil des heutigen Rechtes hieraus erklären könnte. Eine solche Unklarheit darf nicht bleiben. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß der Charakter des Gesetzes als eines Arbeitsschutzgesetzes nicht verdunkelt wird, und daß keine gesetzliche Pflicht zur Arbeit im Dienst privater einzelner eingeschmuggelt wird, die unserer Staatsauffassung widersprechen würde.

Unternehmer an die Front!

Discite, moniti! (Lernet, ihr seid gewarnt!) Arbeitgeber an die Front! So schließt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ihren Leitartikel vom 6. Januar dieses Jahres. Dieser Mahnruf an die deutschen Unternehmer, der von dem schwerindustriellen Blatt ausgeht, deutet auf eine momentan brennende Situation hin, so daß wir unsererseits die Gelegenheit benutzen wollen, die Arbeiter- und Angestelltenchaft auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Diese gehen bereits aus der Ueberschrift des betreffenden Artikels der „DBZ.“ hervor, welche lautet: „Der Kampf um die Krankenversicherung. Ein Mahnruf an die deutschen Arbeitgeber!“

Der Kampfartikel der „DBZ.“ stützt sich auf eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns aus der Tagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumsparlei. Dieser soll dort u. a. erklärt haben: „Wir sind auch daran, der Sozialversicherung heute eine neue Fassung zu geben. Auf diesem Gebiete ist ganz besonders das neue Knappschaftsgesetz richtunggebend gewesen, wo ja das Uebel seit Menschengedenken darin bestand, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten gegen-

Überstanden und damit der Zwist zwischen beiden verewigt war. Ich glaube, daß wir dazu kommen, daß die Ausgaben für die Sozialversicherung in eine gewisse Relation zum Lohn gesetzt werden und daß im übrigen die ganze Sozialversicherung der Selbstverwaltung der beteiligten Arbeiter überantwortet werden kann, selbstverständlich unter behördlicher Kontrolle."

Das Organ der Ruhrindustrie wertet nun gegen die angeblich geplante Zurücklegung der Unternehmer in der Sozialversicherung mit der ihm eigenen Rabulistik. Die Unternehmer würden in der Sozialversicherung vollständig ausgeschaltet und der Macht der Gewerkschaften Tür und Tor geöffnet. Es wird wiederum daran erinnert, daß die Gewerkschaften von Amts wegen eine Monopollstellung eingeräumt bekommen, die ihnen nicht zustände, da sie nur ein Drittel der vorhandenen Arbeiterkraft darstellen.

Und da überdies die Gefahr bestände, daß die Sozialversicherung im Rahmen des Internationalen Arbeitsamts internationalisiert wird, so erblicke es gebieterisch, daß das deutsche Arbeitgebertum eine klare Stellungnahme zu der gesamten Sozialversicherung einnehmen müsse. Eine solche Stellungnahme vertrage auch deshalb keinen Aufschub, weil die Wahlen zu den Organen der Krankenversicherung (Aussschuß und Vorstand) bevorstehen. Nachdem das Schwerindustrielle Blatt die Unternehmer mit Schlagworten genügend eingeholt hat, wovon wir nur die Behauptung registrieren wollen, daß der Hauptverband Deutscher Krankenkassen neben den Gewerkschaften und den Konsumvereinen die Hauptstütze des Sozialismus in Deutschland darstelle, heißt es zum Schluß:

Schon allein diese letzten Ueberlegungen sollten alle Arbeitgeber anspornen, ihr besonderes Interesse den kommenden Neuwahlen in der Krankenversicherung zuzuwenden und für eine wirksame Vertretung der Arbeitgeber in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu sorgen. Es würde eine tiefe Tragik darin liegen, wenn die Führung in der Krankenversicherung und damit auch in der Sozialversicherung, die ihre Vorbilder selbsterzeit an den aus freier Initiative hervorgegangenen Einrichtungen deutscher Arbeitgeber genommen hat, nunmehr ausschließlich den Gewerkschaften überantwortet werden sollte. Man vergesse auch nicht, daß die regionale Einheitskasse als Unterbau der gesamten Sozialversicherung nur eine Vorstufe zu der allgemeinen Staatsbürgerversorgung, zum sozialistischen Fürsorgestaat bedeutet. Discite, moniti! Arbeitgeber an die Front!"

Nicht erst solche Brandartikel aus dem Lager der Schwerindustrie haben die Tatsache erkennen lassen, daß das ganze deutsche Unternehmertum zurzeit mit allen Mitteln bestrebt ist, seinen Einfluß in den Organen der Sozialpolitik zu erweitern und die ganze sozialpolitische Entwicklung zu hemmen bzw. zurückdrängen. In den Organen der Sozialversicherung selbst wird seit langem ein hartnäckiger Kampf ausgefochten. Nunmehr soll er in der Öffentlichkeit zum Siege gebracht werden. Hierbei stützen sie sich auf ihren zweifellos vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Einfluß.

Neuerlich lächerlich ist es, wenn gerade aus Unternehmertreibern der Schwerindustrie gegen den angeblichen Monopolcharakter der Gewerkschaften gewettert wird. Gerade sie sind die geborenen Monopolisten, sie verfügen seit Jahrzehnten über glänzend aufgebaute Monopole der wichtigsten Grund-

stoffe der deutschen Industriewirtschaft. Diese Handvoll Menschen hat ihre Monopolherrschaft rückstuflos gegen das gesamte Volk ausgenutzt, und nunmehr stellen sie sich mit heuchlerischem Augenaufschlag hin und warnen vor den Monopolen der Gewerkschaften. Gern hätten sie ihre gelben Schützlinge in den Organen der Krankenkassen usw. Wüßten sie dann doch, daß sie mit diesen rückgratlosen Gesellen machen könnten, was sie wollten. Aber den Gefallen können wir den Herrschaften nicht erweisen. Der unorganisierte Schwarm, der neben organisatorischen Macht der Arbeiterklasse kreucht und fleucht, kommt für eine Interessenvertretung nicht in Frage.

Die Krankenkassen bilden die Ziehscheibe des machthungrigen Unternehmertums. Hier wollen sie den Hebel ansetzen um die sozialpolitische Front der Arbeiterkraft einzudrücken oder gänzlich aufzuröhlen. Das wird ihnen nicht gelingen. Aber es könnte doch sein, daß durch eine einsetzende heftige Agitation in der Öffentlichkeit mancher geplanter Fortschritt verhindert und die hoffnungsvollen Ansätze einer modernen Sozialpolitik unangeführt bleiben würden. Deshalb muß an die deutschen Arbeiter und Angehörigen der dringende Ruf gerichtet werden, sich ihrer Pflichten als Mitglieder der Krankenkassen zu entsinnen. Die „DBJ“ schreibt, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden sollten, um zu einer wirksamen Vertretung in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu gelangen. Nicht unsonst sprechen sie hier von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, weil diese ihnen besonders ein Greuel sind und dort sich der Einfluß der Arbeiterkraft befestigen konnte. Am liebsten wäre es ihnen, die ganze Krankenversicherung könnte in Gestalt von Innungs- und Betriebskrankenkassen organisiert werden. Dann würde es ihnen um die Zukunft nicht bange sein.

Wir rufen der Masse der Kopf- und Handarbeiter dieselben Worte zu, die die „DBJ“ an die Adresse der Unternehmer richtete: Discite, moniti! (Nernet, ihr seid gewarnt!) Denn wir glauben, die Arbeiterkraft hat die Warnung weit nötiger als die Unternehmer, und weit mehr wie dort ist hier gerade in solchen Dingen Lauch und oberflächliches Interesse vertreten. Deshalb stellt euren Mann bei den Wahlen der Krankenkassen und verteidigt die Sozialpolitik!

Berein Berliner Buchdrucker zur gegenseitigen Unterstützung bei Frauensterbefällen.

Der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. Oktober 1926, wonach die Buchdruckerhilfsarbeiter, die fünf Jahre ihrer Berufsorganisation angehören, bis zum 31. Dezember 1926 ihren Beitritt zum Verein erklären können, hat in den Kreisen der Buchdrucker zu einer irtümlichen Auffassung geführt.

Aus einer großen Anzahl von Anfragen ging hervor, daß die Buchdrucker den Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung für eine Amnestie gegenüber den Hilfsarbeitern angesehen haben. Dies trifft nicht zu. Die Hilfsarbeiter waren bisher nicht beitragsberechtigt, daher hatte die außerordentliche Generalversammlung neue Aufnahmebedingungen für die Hilfsarbeiter festzusetzen. Diese sind in dem Beschluß vom 7. Oktober 1926 festgelegt.

Auf Grund der irtümlichen Auffassung in den Reihen der Buchdrucker mußte sich das Kuratorium in der Sitzung am 11. Januar 1927 mit einer großen Anzahl von Aufnahmeanträgen, die nicht rechtzeitig gestellt waren und daher den Vorschriften des § 2 Abs. 2 und 3 unterlagen, beschäftigen. Die Antragsteller haben unter Bezugnahme auf den Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung gebeten, von der Zahlung eines Eintrittsgeldes und der Nachzahlungsgebühr sowie der Beibringung eines ärztlichen Attestes Abstand zu nehmen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und der großen Zahl von Meldungen hat das Kuratorium am 11. Januar 1927 beschlossen, für sämtliche Buchdrucker, Schriftgießer, Stereotypen- und Buchdruckerhilfsarbeiter, die ihrer Berufsorganisation fünf Jahre angehören, eine Amnestie auszusprechen, die bis zum 31. März 1927 läuft.

Bis zum 31. März 1927 können also noch Buchdrucker, Schriftgießer, Stereotypen- und Buchdruckerhilfsarbeiter der Frauenvereinsbeiträge beitreten, sobald die Ehefrau das 55. Lebensjahr nicht überschritten hat.

Von der Zahlung eines Eintrittsgeldes, einer Nachzahlungsgebühr und eines Gesundheitsattestes wird Abstand genommen. Sämtliche bis zum 31. März 1927 neu eintretenden Mitglieder haben die Umlagegebühr vom 1. Januar 1927 ab zu zahlen.

Die Meldungen sind bei der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin, Alexandrinenstr. 44, einzureichen.

Briefe über die soziale Stellung der Frau im Verlaufe der Menschheitsgeschichte.

Zweiter Brief.

In deinen nächsten Briefen will ich keine Dankesworte mehr hören. Meine Bereitwilligkeit, dir die soziale Stellung der Frau zu schildern, ist doch nichts Verwunderliches. Du beschäftigst dich mit dem Thema, da fand ich es angebracht, dich in dieses einzuführen. In dem Kern einer Frage wird man nur dann einzudringen vermögen und über diese auch nur dann sprechen können, wenn man sich eine tiefe gründliche Sachkenntnis von ihr verschafft hat. Und zu der Aneignung des Wissens über die Frauenfrage will ich dir eben mit verhelfen, indem ich dir in meinen Briefen eine Darstellung gebe von der Stellung, die die Frau im Laufe der menschlichen Geschichte innegehabt hat. Nun zu unserem Thema.

Im letzten Brief hatten wir folgende Charakteristik: In der Urzeit war die Frau dem Manne gleichgestellt. Eine Arbeitsteilung war kaum vorhanden. Die soziale Stellung richtet sich nach dem Alter. Es gab noch keine Familie und keine Einzelwesen. Wandern war die Jahrausende weiter.

Gegen Ende der Urzeit vollzieht sich eine gewaltige kulturelle Umwälzung. Durch Beobachtung der Natur, aus der Arbeit usw. war die Feuerentdeckung entdeckt worden. Auch die Wasserverzögerung machte Fortschritte. Diese Fortschritte mußte die bisher gleichberechtigte Frau mit ihrer Freiheit bezahlen. Der Mann konnte mit den verbesserten Waffen größere Erfolge auf der Jagd erzielen. Der waffentragende Mann gewann das Uebergewicht über die mit der Feldebearbeitung und den Kindern belastete Frau; das erste Herrschaftsverhältnis war entstanden. Die Gleichheit in der Höhe war dahin. Sie bestand nun aus einer herrschenden Männerschicht und einer vernichteten Frauenschicht. War die erste soziale Diffe-

Süd- und Mittelamerika.

Von Ingenieur R. Handruck, Dresden.

So mancher möchte in dieser schweren Zeit seine Heimat mit einem überseeischen Lande vertauschen. Darum richtet sich der Blick von vielen heute nach den südamerikanischen Staaten. Vor allem Brasilien und Argentinien sind das Land ihrer Sehnsucht. Doch mer drüben war, der weiß, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Am übelsten sieht diejenige dran, die mittellos dort ankommen und nicht einmal die Landesprache beherrschen. Nur wenige können es sich leisten, das Land zu durchstreifen, nur um seine Schönheiten zu genießen. Selbst Geschäftsreisende, die von einer Firma geschickt, mit genügenden Mitteln ausgestattet, aber nicht mit den Gewohnheiten des Landes vertraut waren, erlitten oftmals Schiffbruch.

In sämtlichen lateinamerikanischen Ländern wird ein Geschäft natürlich ganz anders abgewickelt als in Europa. Musterreiter nennt man dort Reisende, die mit zehn und noch mehr Kaulseilen und Einheimischen, schwer beladet, losziehen, einer Karawane gleich, um tief im Innern alles abzuleiten; entweder erhält man im Umlauf Felle oder die Ernte wird gepflündert. Selten ist das teure Bargeld zu sehen. Auf ihrem Wege werden auch die verschiedenen Kolonien mit besucht, und so mancher Siedler ist froh, wieder einmal ein neues Heim einzuhandeln, aber auch gleichzeitig wieder einmal etwas aus der Welt von dem Musterreiter, der wandelnde Zeitung des Innern, zu hören. Die Nationalität spielt hierbei gar keine Rolle, da von beiden Seiten meistens die Landesprache beherrscht wird.

Von den einheimischen Indianern macht sich der Europäer auch meist eine ganz falsche Vorstellung. Von vornherein etwas mitrühlich, da sie mit den Weißen, besonders im Kriege, schlechte Erfahrungen gemacht haben, sind sie jedoch manchmal besser als ein Weiber. Haben sie erst einmal jemand die Gastfreundschaft angeboten, so ist man dort unter dem allerbesten Schutz.

Argentinien, das große Korn- oder Flachland, mit seinem unermesslichen Viehreichum, ist gleichzeitig bekannt als Getreidestaat. Im Territorium Missions, der Dreiländer Argentinien, Paraguay und Brasilien, ist für Siedler noch die beste Aussicht. Mit einigen tausend Mark ließe sich in den schon bestehenden Kolonien Monte Carlo, Puerto Rico und Eldorado etwas unternehmen. Neuerdings kommt auch noch der Aufschwung der Delaquenten von Comodoro Rivadavia hinzu. Buenos Aires, die schnell emporgeschlüßte Hauptstadt, das New York Südamerikas, beherrscht den Weltmarkt.

Ein früher sehr verlockendes Land war Chile: langgezogen über 38 Breitengrade hinweg, und jedes Klima ist dort zu finden. Die große Gebirgskette der Anden durchzieht ganz Chile bis über Peru hinaus.

Die berühmte Transandinische Verbindung Argentinien von Mendoza aus über den Ispahapah in etwa zwölftausendiger Fahrt mit Los Andes. In nahezu 4000 Meter Höhe führt die Bahn. Die Fahrt durch die Felsenwildnis ist hochromantisch und interessant. Die Züge verkehren aber nur am Tage. In den Wintermonaten ist der Verkehr häufig durch große Schneemassen tags- und sogar wochenlang unterbrochen. Da die Ausfuhr dem Salpetermin heute nicht mehr so viel einbringt, die Saluta auch sehr schlecht steht, ist dieses Land für Siedler gerade nicht zu empfehlen. Dafür ist mehr das kleine Paraguay geeignet, vorausgesetzt, daß man nicht in kurzer Zeit gleich Millionär werden will. Mit etwas Geld und Fleiß kann eine kinderreiche Familie schon vorwärtskommen. Die richtige Freude an dem Emporblühen der Siedlung, das gilt auch für das vielgerühmte Brasilien, empfinden erst die Kinder und Kindeskinde des Siedlers.

Biele treibt auch Abenteuerlust und bergelichen hinaus, die jedoch an Ort und Stelle der rauhen Wirklichkeit Platz machen müssen. Da sich in allen diesen Ländern eine eigene Industrie entwickelt, so ist auch für Südamerika eine Zukunft vorauszuweisen. Fast alle Rohstoffe sind im Lande selbst vorhanden und man lernt dort sehr selbst zu produzieren.

Europa wird nach und nach vom Exporthandel nach dort ausgeschaltet werden. Augenblicklich ist auch in Südamerika die Wirtschaftslage nicht so rosig, wie man annimmt, und es gehört vor allen Dingen viel Energie und auch etwas Glück dazu, um vorwärtszukommen.

Ein Land, welches man heute noch für junge Leute empfehlen kann, ist Bolivien, genannt der Nabel von Südamerika. Seiner geographischen Lage nach müßte Bolivien nur tropisches Klima haben, liegt es doch ganz in der heißen Zone. Da aber ein Teil höchstes Hochgebirge ist, wird in dessen Bereich der Einfluß der heißen Zone aufgehoben und das Klima teilweise in gemäßigtes und kaltes Klima verandert, während im Tal ewiger Frühling herrscht.

Im ganzen ist das Land wirtschaftlich noch wenig entwickelt. Der Grund ist das Fehlen von neuen Erfindungen, da es, fast unbekannt, zu weit abliegt im Innern. Auch der Mangel an guten Verkehrsverhältnissen hat großen Einfluß auf die Erschließung des Landes. Neuerdings ist man bestrebt, Flugzeugverbindungen zu schaffen. Von Buenos Aires ist Bolivien in zirka drei Tagen mit der Bahn zu erreichen. Später müssen Kautschuk als Förderungsmitel benutzt werden, während Lamas als Lasttiere Verwendung finden. Vor allen Dingen ist Bolivien sehr reich an Mineralien und wird noch sehr gering ausgebeutet.

Auch Venezuela ist ein Land, welches vielen Deutschen unbekannt ist und in der heißen Zone liegt. Die Hitze wird aber durch seine Gebirge gemildert, so daß in den Höhenlagen über 1000 Meter ein gesundes Klima vorhanden ist. Als Handelsprodukte kommen hauptsächlich Kaffee, Tabak, Kakaos und Rohöl in Frage. Mit Deutschland steht Venezuela in recht guten Beziehungen, denn der größte Teil des Handels liegt in deutschen Händen. Auf ausgetretenen Maultierpfaden, bergauf, bergab, durch tropischen Urwald, viele Stunden ohne Wasser, führte unser Weg nach der einzigen deutschen Kolonie Topar. Doch waren wir sehr erfreut, als wir an einer Urmalung echten Berliner

renzierung nach dem Alter, so war die zweite nach dem Geschlecht gerichtet.

Gleichzeitig sonderte sich aus der Horde die Familie. Der Mann schuf sich ein kleines Königreich. Er verflachte das Weib und gründete die Familie. Die Ehe war natürlich nicht aus dem Zauber romantischer Liebe entsprungen, sondern war, wirtschaftlich gesehen, der Ausdruck geschlechtlicher Arbeitsteilung. Die Stellung der Frau unter diesen neuen Verhältnissen war eine überaus traurige. Der Mann war der Gebieter über sein Weib. Er konnte sie mißhandeln, ertauschen, vermieten und verpfänden. Sie war ganz seine Arbeitsknechtin. Alle schwere Arbeit wurde der Frau aufgebürdet. Sie mußte Pflanzen, Knollen und Brennholz suchen und das Feuer unterhalten, die Kleider anfertigen, die kleinen Kinder aufziehen, die Boote des Mannes rudern, die Jagdbeute holen und noch vieles mehr. Und sie mußte weiter auf den Wanderungen die Habseligkeiten auf dem Rücken tragen. Der Mann aber ging aufrecht und ledig nebenher.

Der Mann rechnete es sich zur Schande an, Frauenarbeit zu verrichten. Er geht in der Arbeit für seine Werkzeuge auf und unterweist die Kinder für einem gewissen Alter an in der Jagd und Waffentechnik. Die Frau konnte erst dann am Mahl teilnehmen, wenn der Mann sich gesättigt hatte. Der Mann nahm sich so viele Frauen, als er ernähren konnte. Die Frauen wurden meistens durch Raub erworben.

Die Ursachen dieser tiefen Stellung der Frau liegen in der primitiven Wirtschaft, in der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in der Robheit und Trägheit, die den Naturvölkern eigen war. Da die Hauptnahrungsquelle das Wild war, war der Mann der wirtschaftlich Stärkere, der durch seine Jagerei in den Besitz des Wildes kam. Dieser Zustand dauerte Jahrtausende. Er endigte mit dem Aufkommen künstlicher Nahrungsquellen.

Durch das Sammeln von Wurzeln und Knollen erlangte die Frau den Ackerbau, den Vater aller höheren Kultur. Die Frau wird mit dem Ackerbau an den Pflanz gebunden und wird sesshaft. Der Mann streift noch auf der Jagd umher. Die Frau bildet nun den Mittelpunkt der Wirtschaft, des Hauses und der sozialen Organisation. Die Frau wird Besitzerin des Acker und erlangt dadurch das Uebergewicht über den Mann. Durch den Ackerbau konnte man für längere Zeit den Nahrungsbedarf decken. Die Frau verfügte über die Lebensmittel, der Mann hatte einen Teil seiner Jagdbeute abzugeben.

Die Frau machte sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich unabhängig. Die Familie wird wieder zerrissen. Der Mann hat in die Sippe der Frau überausziedeln, wohnt aber nicht im Haus des Weibes. Nur zu bestimmten Zeiten holt er sich bei ihr auf. Der Mann ist unorganisiert, die Frau organisiert. Es entstanden starke Muttersippengemeinschaften. Die Frau herrscht in der Muttersippe. Die Kinder gehören zu der Sippe der Mutter. Die Frau nimmt an der Ratsversammlung teil. Sie ist oft mit der Hauptkingswürde bekleidet und zieht mit in den Krieg. Da die Muttersippe die Ehe zerreißt, hat sie auch die Herrschaft des Mannes gebrochen. Es ist die Zeit des Mutterrechts, des Matriats. Die Frau steht auf dem Höhepunkt ihrer Macht, und die soziale Stellung, die sie auf dieser Kulturstufe innehat, wird in der ganzen späteren Kulturentwicklung von ihr nicht mehr erreicht. Mit dem Sturz des Mutterrechts beginnt für die Frau wieder die schreckliche Barbarei. Doch davon im nächsten Briefe. U. P.

Ehe und Arbeitslosigkeit.

Von Karl Leonhard.

Ehen zerbrechen am Ansturm der Zeit. Not ist wichtiger Maßstab für die Haltbarkeit der Ehe. Ueberfällt die Armut die Menschen wie unerwartete Gewitter, wächet die Not zum Glend, dann besteht die Ehe die härteste Schicksalsprobe. In Notzeiten offenbart die Ehe ihren Charakter als Schicksalsgemeinschaft zweier verbundener Menschen. Arbeitslosigkeit reißt mächtig gegen die Schicksalsgemeinschaft an und lockert gemeinsame Bande.

Wir heutigen Menschen erleben unsere Zeit als Notzeit. Gesichertes Daseinsgefühl kommt in den Menschen fast nicht mehr auf. Beständig fühlen sie sich von der Arbeitslosigkeit und dem Abbau bedroht. Heutiges Leben ist nur ein Dahinpendeln zwischen Hoffen und Bangen. Heute noch im stolzen Gefühl des sicheren Einkommens, morgen das traurige Bewußtsein des Abgebautseins, und übermorgen hoffnungslos dem Glend preisgegeben. So führt der Mensch heute ein Dasein zwischen Existenzsicherheit und Existenzlosigkeit. Unser Schicksal!

Zwischen diesem Hoffen und Bangen muß die Ehe ihre Schicksalsprobe ablegen. Reißt Not und Armut die festgefühten Bande der Ehe auseinander, oder knetet

Stürmen des Lebens trocken. Wird der Ehe oder die Grundlage materieller Existenzsicherheit entzogen, bricht die Arbeitslosigkeit oder Abbau in das gesicherte Gehege der Ehe, dann löst sie sich auf, hält weder Wind noch Sturm Trost, und wird nur noch zur lästigen Bindung von Menschen, die auseinanderstreben. Haben wir diese Erfahrungen nicht zahlreich genug gemacht in den letzten Jahren der erhöhten Erwerbslosigkeit und des immer stärker werdenden Abbaus? Sind mit der zunehmenden Erwerbslosigkeit nicht auch mehr Ehen geschieden worden, mehr Ehen gebrochen und zerstört worden? Zusammenhänge sind für jeden Sehenden erkennbar.

Welche Gesellschaftsschicht stellt den größeren Prozentsatz der durch materielle Existenzlosigkeit verursachten Ehezerstörungen? Das Proletariat? Im Verhältnis zu seiner Größe natürlich! Genaue Untersuchungen sind nur bei näherer Scheidung der Schichtungen innerhalb der proletarischen Klasse möglich. Hierbei kommen wir zur Feststellung, daß die sogenannten „besseren Angestellten“ den größten Prozentsatz dieser Ehezerstörungen stellen. Warum?

Viele Frauen wollen keine einfachen Arbeiter heiraten, sondern lieber einen Beamten mit sicherem Monatslohn, oder wenn es kein Beamter ist, dann zum mindesten einen gutbezahlten Angestellten, der monatlich ein ausreichendes Gehalt bezieht, um die Lebensbedürfnisse der Frau zu decken. Eine nur aus diesen oberflächlichen Erwägungen heiratende Frau wird solange mit Mann und Ehe zufrieden sein, solange ihre Lebensansprüche, die von Jahr zu Jahr steigen, erfüllt werden. Sobald aber den Mann das Schicksal aller Abgebauten trifft, die Frau nun ihre Probe als Lebensgefährin ablegen muß, die Ehe sich als wahre Schicksalsgemeinschaft offenbaren soll, Not und Glend gemeinsam getragen werden sollen, dann hält selten eine solche oberflächliche Frau den ersten Stürmen des Lebens stand. Im Gegenteil wird eine solche Frau ihrem Manne darüber Vorwürfe machen, daß er zu den Unfähigen gehöre, weil er auch abgebaut wurde, daß er jetzt genau noch dieselben Unterhaltungspflichten ihr gegenüber habe wie vormals und daß sie keineswegs gewillt sei, auf ihre berechtigten Lebensansprüche zu verzichten. Kann der Mann den Willen der Frau nicht erfüllen, dann wird die Ehe zerstört, denn tägliche Auseinandersetzungen sind unausweichlich, und die Frau wird in dem Moment ihren Mann verlassen, wo sie zum ersten Male ihre starke und doch milde Hand dem Manne zeigen sollte. Sie hat die Schicksalsprobe nicht bestanden! Und wie viele Ehen können diese Schicksalsprobe bestehen? Wenige!

Alle Gesellschaftsschichten haben teil an diesen Ehezerstörungen, denn auf materieller Basis geschlossene Ehen verteilen sich auf alle Schichten. Daß sie prozentual im Verhältnis zur Klassengröße bedeutend höher in der bürgerlichen Klasse zu finden sind, ergibt sich schon aus der reinen Geschicklichkeit, zu der sie die Ehe machten. Allerdings fehlt hier der Ehezerstörungsgrund, den wir als Ausgangspunkt unserer Betrachtungen machten: Arbeitslosigkeit und Abbau. Deshalb beziehen wir die Ehen der bürgerlichen Klassen nicht in unsere Betrachtungen ein.

Die Ehen, die im Sturme der Zeit standhalten und tapfer weiterkämpfen, sind im Verhältnis zu den Ehen, die selbst vom Hauche der Notzeit hinweggeweht werden, außerordentlich gering. Es kommt noch nicht einmal auf die geschlechtliche Voderung und Lösung der Ehe an, sondern mehr auf den seelischen Gehalt der Ehe. Um diesen geht es uns.

Nur Notzeiten lassen Freunde erkennen. Liebe und Freundschaft sind der Ehe Verbündete im Kampfe gegen Not und Glend. Waffengefährten im Kampfe



Glend und Hunger die Bande der Ehe noch fester zusammen? Frage, die durch das Leben beantwortet wird.

Welche Ehen zerbrechen an dem Ansturm der Not? Zuerst die auf materieller Grundlage gegründeten Ehen. Wurde eine Ehe im Hinblick auf die gesicherte Position des Mannes geschlossen, und nur auf die Fundamente des Einkommens des Mannes aufgebaut, dann balanciert die Ehe auf Zahlen und Berechnungen, nicht an den Lebensansprüchen scheitern wird eine solche Ehe, die nur ganz schwach gefühlsmäßig unterbaut ist, einlgen

Dialekt hörten und auf die Kolonie „Neu-Berlin“ stießen. So hatte man die einzelne, sauber errichtete Behausung gekauft. Eine Familie aus Karisshorst hat sich seit einigen Jahren vor der badischen Kolonie Looar niedergelassen. Die Frau bearbeitete mit drei Kindern die Farm, während der Mann in der Hauptstadt Caracas Geld zu verdienen suchte. Ein Glück, daß die größere Kolonie nur einige Kilometer davon entfernt lag, so konnte im Notfall immer Unterstützung von dort aus geleistet werden. Die badische Kolonie Looar selbst liegt einige Kilometer auseinandergezogen. Die Unterhaltsbetreuung erfolgt aus dem Erlös der tiefer angelegten Kaffeepflanzungen. Maultiere stellen das einzige Transportmittel zwischen der Hauptstadt und der Siedlung dar. Nach kurzer Rast nahmen wir bezüglichen Abschied, um die Reise nach den Oelsteinen Maracabos fortzusetzen. Aber auch hier hat sich amerikanisches, englisches und holländisches Kapital zur Ausbeutung der Oelquellen festgesetzt.

Mit dem Schiff ging die Reise nun weiter durch den imposanten Panamakanal dem Märchenland Mexiko zu. Trotz der großen natürlichen Reichtümer an Bodenschätzen, Edelsteinen und allen tropischen Kulturpflanzen ist Mexiko heute, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, infolge der langjährigen Unruhen ein danielberiegenes Land. Ein großer Nachteil für den Staat ist es, daß fast drei Viertel des Handels auf das Konto der Vereinigten Staaten gebucht werden muß. Das bringt natürlich eine gewisse Abhängigkeit mit sich. Da nun in Tampico ausgehobene Oelfelder sind und auch hier der Amerikaner sich schon sehr festgesetzt hat, so sind stetig Reibereien der beiden Regierungen vorhanden. Der Gesamtwert der Anlagen nebst Zubehör wird auf ungefähr 1½ Milliarden veranschlagt. Die Gesamtumfangfähigkeit der dortigen Behälter beläuft sich etwa auf 7.500.000 Kubikmeter. Durch wirtschaftliche Maßnahmen und die soziale Politik der heutigen mexikanischen Regierung sieht sich das amerikanische Großkapital der mexikanischen Petroleuminteressen bedroht. Mexiko möchte gern Deutsche und

deutsches Kapital nach dort haben, um einen Ausgleich zu schaffen und den amerikanischen Anteil zu verringern. Die Deutschfreundlichkeit ist groß im Volk. Die allgemeine Lage bringt aber für arme Einmünder keine großen Vorteile. Wie alle anderen süd- und mittelamerikanischen Länder, verlangt auch dieser Staat gäbe und gesunde Menschen, denen es nicht an Energie mangelt. Das größte Elend findet man in den Großstädten, denn dort gibt es nur Arme und Reiche. Wohlfahrtseinrichtungen fehlen vollkommen. Derjenige, der da hofft, in kurzer Zeit zu einer gewissen Behaglichkeit zu gelangen, wird leicht enttäuscht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es langer, entfangungsloser Arbeit.

China von gestern und heute.

Von Ing. K. Handrud.

Die jahrtausendelange Abgeschlossenheit Chinas hat aufgehört. Die Verührung mit dem Westen in den letzten Jahrzehnten hat dies mit sich gebracht. Die erste Stufe der wirtschaftlichen Neugestaltung war die Entwicklung des Außenhandels, der sich stetig gesteigert und einen solchen Umfang angenommen hat, daß China bereits als wichtiges Glied der Weltwirtschaft betrachtet werden muß. Der Handel des Westländers folgte der Ausbau seiner Industrie, die von den Vertragshäfen aus in das Innere des Landes drang.

Mit dem Bau einer Anzahl Eisenbahnlinien wurde der Anfang der Erschließung des Landes für den neuzeitlichen Verkehr gemacht. Augenblicklich befinden sich aber die Eisenbahnen in den Händen der verschiedenen Generäle, die wohl Passagiere den Fahrpreis bezahlen lassen, aber sich weniger um die Instandhaltung der Bahnhöfen kümmern. Automobilstraßen befinden sich in verschiedenen Teilen des Landes im Bau; auch Anlagen zu einem Flugzeugverkehr sind vorhanden. Das beweist der Empfang der deutschen Verkehrsflugzeuge in Ostien, denen man aus Wirtschaftsfreien großes Interesse entgegenbrachte. Von ganz be-

sonderer Bedeutung waren aber die Veränderungen auf geistigem Gebiete. Die Abschaffung der altverwöhnten Staatsprüfungen, die die nationale Philosophie in den Mittelpunkt der Bildung gestellt hatten, und ihre Ersetzung durch ein Schulsystem mit Lehrplänen und Lehrstoff nach westlichem Muster bedeutete eine Erschütterung des ganzen chinesischen Denkens.

Die Entwicklung ist durch die Ereignisse des Weltkrieges in ein neues Stadium getreten. Die Achtung, die man bis dahin den Beständen entgegengebracht hatte, weil man die Notwendigkeit ihrer Führerschaft auf vielen Gebieten der Zivilisation als notwendig erkannte, schlug durch das Verhalten der Entente ins Gegenteil um. Besonders empörte es das chinesische Recht und Ehrgefühl, daß die Entente in Versailles China um den Preis, für den es in den Krieg eingetreten war, die Wiedererlangung der Souveränität über Schantung, zu bringen verlor. Das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Entente während des Krieges, allerdings zu ganz anderen Zwecken, in die Welt geworfen hatte, wurde von weiten Kreisen Chinas gierig aufgegriffen. Es setzte eine scharfe Agitation ein. Vor allen Dingen wurde die Revision des Zolltarifs verlangt und Maßnahmen zum Abbau der Extraterritorialität der Ausländer. Die gärende Haltung der Mächte, die gemachten Zugeständnisse in dieser Hinsicht nicht gleich zur Ausführung zu bringen, trug dazu bei, die schon vorhandene Nervosität bis aufs Höchste zu steigern. Darum wurde auch die Gelegenheit im Mai 1925 sofort ausgenutzt, als die englische Niederlassungspolizei in Shanghai bei einer Demonstration von Studenten und Arbeitern zugunsten eines Streiks, in Ueberdrehung der Gefahr, auf die Demonstranten feuerte und eine Anzahl von ihnen tödete und verwundete. Die Wirkung dieses Zwischenfalls war eine ganz andere als bei ähnlichen Vorgängen in früheren Jahren. Sofort bildeten alle maßgebenden Faktoren des Landes, die Intelligenz, die Arbeiterorganisationen, die Kaufmannschaft, die Presse und auch die Regierung nebst

des Lebens sollen Mann und Frau sein, einer dem anderen die so notwendige Stütze. Aber keine Deserteure in Zeiten der Niedertage!

Bei Berücksichtigung aller materiellen Notwendigkeiten muß stärkster Liebes- und Kameradschaftsgefühl die alleinige Grundlage für eine allen Stürmen des Lebens gewachsene und tropfende Ehe sein. Kommen dann die Notzeiten unverschiedener Arbeitslosigkeit und ungewollten Abbaus, dann wachsen wohl aus dem Zusammenleben Veränderungen und neue ungeahnte Schwierigkeiten, aber sie erschüttern nicht die feste Grundlage der gefühlvoll unterbauten Ehe. Auch hier gibt uns das Leben die heroischsten Beispiele gemeinsam geführter Kämpfe gegen die Umklammerung des Glücks, und ihr Wille, gemeinsam zu kämpfen, sprengt diese Umklammerung. Nur festlich fundamentierte Ehe kann sich gegen den Ansturm der Not wehren. Kommt wie ein Schicksalsschlag die Arbeitslosigkeit über den Mann oder die Frau, je nachdem die beruflichen Beziehungen in der Ehe sind, dann betäubt wohl der unvorhergesehene oder auch selbst erwartete Schlag die Menschen, wirft sie aber nicht nieder, reißt sie nicht auseinander, sondern bindet sie noch stärker zusammen.

Zeiten der Not sind für Menschen nur überwindbar in einer harmonischen Ehe. Wissen Mann und Frau um die Schuldlosigkeit der Arbeitslosigkeit und des Abbaus, tragen sie in sich den Willen, alle Lebensansprüche so weit herabzusetzen, um den Kampf gegen das Schicksal gemeinsam zu führen, sind beide stark in der Überwindung aller Hindernisse und Beschwernisse, lebt in ihnen der Glaube an Bezwingung des Schicksals, dann löst selbst Arbeitslosigkeit und Abbau eine solche Ehe nicht auf.

Aus den Zahlstellen.

Halle. Die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Zahlstelle Halle hielten am 11. Januar 1927 ihre Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß trotz vieler Arbeit nur die alten Positionen gehalten werden konnten. Viel mehr wäre im Interesse der Mitglieder erreicht worden, wenn jedes Mitglied seine Pflichten erfüllt hätte. Hervorzuheben ist bebauerlicherweise, daß alle und gute Gemächlichkeit ihre Kinder nicht dazu bewegen können, sich zu organisieren. Außerdem mußte festgestellt werden, daß in Arbeit stehende verheiratete Frauen nicht der Organisation angehören. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Die Kassenverhältnisse sind nicht besonders günstig zu nennen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 4922,30 M. und eine Ausgabe von 1416,20 M. Die Einnahme der Oristafte betrug 1167,10 M., die Ausgabe 1158,50 M. Das bereits stark in Erleichterung getretene Restanummwesen muß bekämpft werden. — Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der alten Verwaltung, mit einer Ausnahme. — Der am 31. März d. J. ablaufende Mandatarik erfordert von jedem einzelnen Mitglied die höchste Aktivität, da das Unternehmertum einschneidende Verschlechterungen herbeiführen will. Nur eine reiflos organisierte und geschulte Hilfsarbeiterchaft kann die Aufgaben der Unternehmer vereiteln. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nachmaligem Appell an die Mitglieder, dafür zu sorgen, daß sich die noch fernstehende Kollegschaft organisiert, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Karlsruhe. Die Zahlstelle Karlsruhe hielt am 10. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte folgende vier Punkte: 1. Mitteilungen. 2. Ründigung des Reichstags für das Buchdruckereihilfspersonal. 3. Kartellbericht. 4. Bericht über den 2. Vorsitzenden Koll. Rieger leitete der 2. Vorsitzende Koll. Stridde die Versammlung. Bei Eröffnung der Versammlung nahm dieselbe Kenntnis von dem Ableben eines langjährigen Mitgliedes der Zahlstelle, des Kollegen Banholzer. Die Versammlung ehrte den Toten durch Erheben von den Sitzen. Hierauf ergriß Kollege Stridde das Wort zum

2. Punkt der Tagesordnung. Er machte von der Verlängerung des Reichstags bis 31. März Mitteilung und legte den Mitgliedern klar, warum die Verlängerung des Reichstags für uns in der jetzigen Krisenzeit zum Vorteil gereichen wird. Die Versammlung hat die Arbeit des Reichstagsvorstandes bei den Verhandlungen keineswegs verkannt, wiewohl eine Verlängerung des Reichstags zugunsten einer Vollerhebung erstrebenswert wäre. Die darauf folgende Diskussion gab auch im großen ganzen keine nennenswerten Widerprüche. Den Kartellbericht gab wiederum der Kollege Beckl. Seine Ausführungen hier wiederzugeben, würde wohl zu weit führen. Er gab u. a. auch nochmals Bericht, inwiefern die Sache des Gewerkschaftshauses gediehe: In seinen Ausführungen wurde mit großem Interesse gefolgt. Unter Verschiedenes erinnerte der Kassierer Herrmann an die Ausgabe der Baufondsmarken sowie an die Abrechnung der Unterfasserer. Der 2. Vorsitzende, Kollege Stridde, erwähnte noch, daß aus der neugegründeten Sterbefasse die Witwe des Kollegen Banholzer 50 M. ausbezahlt erhielt, so daß in nächster Zeit die Einziehung des Sterbebeitrages von 25 Pf. notwendig wird. Aus Mitgliedertreffen wurden noch verschiedene Wünsche und Anträge laut, die aber der 2. Vorsitzende auf die demnächst stattfindende Generalversammlung verwies.

Celzpig. Im Zeichen der Solidarität. Im großen Volkshausaal hatte sich am 18. Dezember 1926 die Celzpigler Kollegschaft versammelt, um mit ihren aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Kollegen und Kolleginnen samt ihren Familien und Kindern ihr Weihnachtstfest zu begehen. Die Hoffnungen auf das Jahr 1926, daß die Arbeitslosigkeit nicht so ausgebeutet sein möge wie im Vorjahr, hatten sich leider erledigt. Deshalb war auch in diesem Jahre die Zahl unserer Arbeitslosen sehr hoch und gerade deshalb stehen es sich die in Arbeit stehenden Celzpigler Kollegen und Kolleginnen nicht nehmen, ihrer notleidenden Arbeitsbrüder und Schwestern zum Fest der Liebe zu gedenken. Zahlreich war die Schar, die dem Ruf ihrer Gauenleitung gefolgt war. Galt es doch zu zeigen, daß das vereinigte Band, die Solidarität aller Organisationsangehörigen kein leerer Hohn ist. Schon lange vorher hatte die Kollegschaft durch einen obligatorischen Beitrag, der für männliche Mitglieder 1,50 M. und für weibliche Mitglieder 1 M. betrug, dafür gesorgt, unseren Arbeitslosen eine würdige Weihnachtstafel zu bereiten. Und es war ein Weihnachtstfest. An langen, weißgedeckten Tafeln hatten die Arbeitslosen ihren Ehrenplatz eingenommen. Unter den Klängen des weit über Celzpigge Mauern bekannten Gustav-Schüge-Drahteser wurde die Feier in strahlendem Lichterglanz der riesigen Weihnachtstafeln eröffnet. Auch die Berufscollegen, vereint im Selangverein „Gutenberg“, waren in einer Stärke von über 50 Sängern erschienen, die mit ihren, wohl kaum zu überbietenden Chorleistungen alles boten, um in gefälliger Beziehung das Fest verschönern zu helfen, was ihnen auch in vollem Maße mit Begeisterung gelungen ist. Der reiche Beifall, der ihnen gesendet wurde, zeugte von einer dankbaren Zuhörerlichkeit. Auch an dieser Stelle wollen wir nicht verfehlen, dem Selangverein „Gutenberg“ im Namen der Gauenleitung nochmals unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Dasselbe gilt auch für unsere Volkshausverwaltung, die, wie immer bei solchen Gelegenheiten, in besonderer Ausopferung das Beste aus der Küche gab. Nicht in zugehörten Portionen, sondern in reichhaltiger Weise wurde hier für Speise und Trank gesorgt, um wenigstens einmal den sonst stets auf Rationen gesetzten Arbeitslosenmagen zu entsprechen und sich loszulassen. Aber auch unsere neu gegründete Jugendgruppe hat ihrerseits ihr Können bewiesen. Durch Spiel und Tanz, durch Rezitationen und Ansprachen legten sie davon Zeugnis ab. Mögen die Hoffnungen, die wir auf unsere Jugend legen, in Erfüllung gehen. Die Jugend hat das Wort der Gründer nicht nur hochgehalten, sondern dem Ziel zuzuführen, das wir uns gesetzt haben. Bei dieser Gelegenheit appellieren wir an alle Verbandmitglieder, dafür zu sorgen, daß alle Jugendlichen unserer Jugendgruppe, soweit sie dieser noch nicht angehören, zugeführt werden. Die Bedeutung dieses Tages wurde durch unseren Vorsitzenden, Kollegen Beger, in markigen und eindringlichen Worten nochmals besonders betont und allen Anwesenden ans Herz gelegt. Wie stark die Einbrüche dieser Feier auf alle Teilnehmer gewirkt hatten, ging daraus her-

vor, daß, abgesehen von der offiziellen Danksagung unserer Arbeitslosen durch ihren Vertreter viele besondere Anerkennungen seitens der Teilnehmer erfolgten. Aber ganz besonders waren es unsere invaliden Mitglieder, die mit Tränen im Auge all das Gebotene kaum zu fassen vermochten. Können wir auch die Not nicht vollständig und für alle Zeiten lindern, so legen doch der Verband erneut Zeugnis ab, daß nur und nur durch ihn Hilfe zu erwarten ist. Er ist da und hier! Unter dem Banner der Organisation sind wir stark geworden und zum Siege gelangen wir im Zeichen der Solidarität!

Rundschau.

Ein Fremdenheim in Celzpig eröffnet! Die Verwaltung des Celzpigler Volkshauses konnte nunmehr den schon lange begehnten Wünschen unserer reisenden Gewerkschafts- und Jugendgenossen Rechnung tragen, indem sie die schon vor dem Kriege bestehende Herberge: Brauerei 17 (in aller nächster Nähe des Volkshauses) vollständig renoviert und mit allen hygienischen Einrichtungen eines modernen Fremdenheims herrichten ließ. Die Eröffnung erfolgte am 17. Januar 1927.

Literatur.

Das Arbeitsrechtsgesetz vom 22. Dezember 1926, Textausgabe, ist vom Ortsausschuß Celzpig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes neuen Auflegung von 40 M. für das Stück zu beziehen. Bei Mehrbestellung wird ein größerer Preisnachlaß gemacht. Bestellungen an das Gewerkschaftskartell Celzpig, Kaiser Str. 32, erbeten. Postcheckkonto Celzpig 65 139.

Gewerkschafts-Wörterbuch Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung, herausgegeben von Karl Aming, Jena, Januarheft 1927. Verlag Karl Aming, Verlagsgesellschaft, Jena, Carl-Jacob-Str. 30. Vierteljahresabonnement 5,00 M.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Schriftleitung Kurt Heintz, Berlin, Deutscherhof 1926. Verlag Karl Aming, Verlagsgesellschaft, Jena, Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 3 M.

Wie ermählt man die Lohnsteuer? Von Paul Ders und Erich Rinner, 64 Seiten, 1927. Berlin S 14, Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Organisationspreis 45 Pf., von 10 Exemplaren ab 90 Pf., von 100 Exemplaren ab 30 M. Organisationspreis für nur zur Anwendung bei Bezug durch die Ortsausschüsse des ADGB und des AFD-Bundes, durch die Verwaltungsstellen der Organisationen oder direkt durch den Verlag. Ladenpreis 1 M.

Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Diese Schrift soll eine gedrängte Darstellung des Werdens und der Stufen der Partei geben, die eine schnelle Orientierung in dem reichhaltigen literarischen Material der Partei ermöglicht. Bei der großen Bedeutung dieser Schrift hat der Parteivorstand der SPD beschlossen, den größten Teil der Auflage zum Selbstkostenpreis durch die Organisation an die Mitglieder abgeben zu lassen, damit wirklich jeder, in dessen Hand es gehört, es sich auch anschaffen kann. Mitglieder erhalten den 200 Seiten starken Band für 1 M., in liegendem Leinwandband für 1,50 M. Im Buchhandel kostet das Buch 4,50 M.

Über den Wert eines Buches oder Zeitschriften orientieren zwei kleine Broschüren, die der Zentralverband der Buch-, Zeitschriften- und Zeitschriftenverleger, Berlin N 24, Closser Str. 86/88 III, herausgegeben hat und den Interessenten kostenlos zur Verfügung stellt. Bei Bedarf wolle man sich an die angegebene Adresse wenden.

Briefkasten.

2. in Karlsruhe. Die Rechnung stimmt, die 1,50 M. sind hier eingeommen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 10. bis 15. Januar sind bei der Hauptkasse nachfolgende Geldbewegungen eingegangen: Gau Schlefien, Breslau, 2. Rate: 1000 M., Gau 8, Berlin, 44 134 M., Gau 9, Bielefeld, 4. Rate: 1000 M.

Berlin, den 15. Januar 1927.

H. Cobah.

Für die Woche vom 23. bis 29. Januar 1927 ist die Beitragsmarke in das 4. Teil des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedsarte zu kleben.

Am 17. Januar konnten die Kollegen

Theodor Fichtner und
Albin Belgoid (Wirma Anton Reiche)

auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Wir bringen den Verbandsjubilaren die besten Glückwünsche entgegen und danken ihnen für die bewiesene Treue zur Organisation. Gleichzeitig geben wir der Hoffnung Ausdruck, die Jubilare noch recht lange in geistiger und körperlicher Frische in unseren Reihen wirken zu sehen.

Die Mitgliedschaft Dresden.

Unserer lieben Kollegin Anna Spady sowie ihrem Bräutigam Herrn Hermann Werner die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserer lieben Kollegin Lenchen Causchler und ihrem Bräutigam Herrn Georg Knab zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Adam Müller und seiner Ehefrau zu ihrer am 18. Januar stattgefundenen Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Vorstand und Kollegschaft der Zahlstelle Mainz.

STERBETAFEL.

Am Montag, dem 8. Januar 1927, verschied unser lieber treuer Kollege

Eugen Banholzer

in Sa. C. Braunsche Druckerel, im schönsten Mannesalter. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitglieder der Zahlstelle Karlsruhe.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schütz, Charlottenburg, Westendstraße 15. Redakteur: Kurt Heintz, Berlin S. 14, Closserstr. 86/88 III. Druck: Buchdruck-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S 14, S 14.

mitläßlichen Gewalt haben in nie dagewesener Einigkeit eine Einheitsfront gegen die internationale, aber tatsächlich englische Niederlassungsverwaltung.

Mit Streik in den englischen Betrieben und mit Boykott der englischen Waren, der erst vor kurzem eingestellt wurde, suchte man die Engländer gefügig zu machen. Besonders empfindlich wurde Hongkong getroffen, wo die Chinesen mit dem benachbarten Kanton, das Herz Chinas genannt, zusammenarbeiteten und Handel und Schiffahrt fast stilllegten. Bezeichnend für den Wandel der Zeiten ist das Verhalten der Engländer diesen Ereignissen gegenüber. Während man früher Fragen dieser Art mit dem Aufmarsch eines Geschwaders und nötigenfalls einer Kanonade ohne große Schwierigkeiten gelöst hätte, beschritten die Behörden und die Kaufmannschaft Hongkongs den Weg der Verhandlungen. Die Größe der Katastrophe kann man erkennen, wenn man berücksichtigt, daß Hongkong der größte Umschlaghafen der Welt ist, daß der Lohngewalt der täglich eingehenden Schiffe im Jahre 1924 auf durchschnittlich 160 000, in den Monaten Juli bis Oktober 1925 aber nur auf 55 000 berechnet wurde und in diesem Jahr sich noch mehr ausgewirkt hat. Die britische Regierung in Hongkong hat drei Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, um der Kolonie über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen.

Die Frage, ob eine Aussicht oder die Möglichkeit besteht, China nach dem Muster Rußlands zu bolschewisieren, ist eine der schwerwiegendsten für die Entwicklung der ganzen Welt. Verbreitet ist die Auffassung, daß der Bolschewismus schon an dem tiefelagernden Familienstamm des Chinesen festnageln würde. Ferner ist zu beachten, daß die soziale Lage Chinas nicht wie im Westen das Individuum, sondern die Familie ist. Immer mehr stellt sich auch heraus, daß die Ziele der kantonischen Regierung, die in dieser Beziehung als maßgebend angesehen wird, vorwiegend national sind, und daß sie sich der Russen nur für ihre Zwecke, und zwar hauptsächlich zur Ausbildung der

Truppen, bedient. Vermieden wurde aber, sich von den Russen beherrschen zu lassen. Die Stadt Kanton ist heute eine der modernsten Südstädten, der größte Teil wurde nach der Beschießung der Kreuzer entsprechend aufgebaut. Von Kanton aus werden auch die zukünftigen Geschäfte Chinas geleitet.

Amerika ist es gelungen, sich in den Ruf eines guten Freundes Chinas zu setzen, trotzdem seine Politik im großen und ganzen nicht weniger eigennützig gewesen ist als die englische. Dennoch stellt es sich immer mehr heraus, daß die Betätigung Amerikas in China als unheilvoll anzusehen ist, obgleich sicherlich sich auch Idealisten unter den Amerikanern befinden, die das Beste Chinas im Auge haben.

Amerikanische Sitten und Gebräuche, sportliche Jugenderziehung, Automobile, Automobilstraßen, Hochhäuser und ähnliche Dinge aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten sind eben keine Mittel, dem chinesischen Volke in seinen Nöten zu helfen. Bettler, Krüppel, Blinde trifft man zu Tausenden. Ja, die Blinden, die mit einmütiger Stimme ein klagendes Lied vor sich hinsummen, sie sind eine Wunde Chinas! Und es ist traurig, darüber nachzudenken, daß Europäer und Amerikaner Kriegsschiffe, Waffen und Munition dorthin schicken. Ingenieure und Forscher, welche die Aufgabe haben, den Boden Chinas, der so reich an Schätzen ist, traditionell auszubehnten, daß sie aber nicht daran gedacht haben, auch eine Armee von Ärzten nach dort zu entsenden.

Esieht man jedoch die zerstörende Wirkung des amerikanischen Einflusses und das Tempo, das diese Betätigung seit der Revolution angenommen hat, so ist zu befürchten, daß unter der vermalenden Maschine des Amerikanertums, wenn nicht bald Einhalt geboten wird, Kulturwerte zugrunde gehen können, die zur Seele Chinas gehören und für die ganze Menschheit von höchster Bedeutung sind. Wer in diesem Kulturkampf Sieger bleiben wird, kann nur die Zukunft lehren.